1933 Nr. 5. 15. November 1933. Als Manuskript gedruckt.

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Zur Judenfrage in Polen.

In der Presse der „rechten", vor allem der nationaldemokratischen Opposition Polens, die sich seit jeher durch entschieden antisemitische Haltung auszeichnet, wird unaufhörlich die jüdische Gefahr — gerade auch für den Mittelstand in den ehemals deutschen Gebieten! — betont. Von den vielen derartigen Pressestimmen sei hier eine Äußerung der nationaldemokratischen „Gazeta Warszawska" angeführt, die kürzlich über die jüdische Gefahr für das Handwerk Polens ausführte:

Nach dem letzten Bericht der Warschauer Handelskammer seien in Warschau 1932 insgesamt 16 504 Handwerksbetriebe vorhanden gewesen. Die Zahl der Betriebe habe sich also gegenüber dem Vorjahre (15 886 Betriebe) etwas erhöht, in demselben Zeitraum aber habe sich die Zahl der Beschäftigten um ca. 25 %, die Produktion gar um 30 % (auf knapp 45 % der Produktion von 1928) verringert. Selbst nach dem Urteil dieser völlig von der heutigen Regierung beherrschten Institution sei also das Handwerk heute auf dem Punkte angelangt, wo „die Rentabilität vollkommen verschwindet und die Vernichtung der Vermögenssubstanz der Betriebe beginnt . . ." („Gazeta Warszawska" Nr. 306, 7. 10. 1933.)

Vor allem aber sei aus diesem Bericht ersichtlich, daß in Warschau von diesen 16 504 Betrieben nicht weniger als 9 386 = über 56 % der Betriebe in der Hand von (Konfessions-)Juden gewesen seien. Der Anteil der Juden an den einzelnen Erwerbszweigen sei natürlich recht verschieden. Aber offensichtlich würden die gefährlicheren Betriebe von den Juden gemieden, denn bei dem Baugewerbe z. B. seien von den 1045 Betrieben 646 — 64 % nicht jüdisch (von 218 Maurerbetrieben seien nur 4 in der Hand von Juden; ähnlich sei das Verhältnis bei Steinhauern, Stuckateuren usw. Dagegen ständen bei den Malern 205 polnischen 279 jüdische Betriebe gegenüber).

Auch bei den holzbearbeitenden Berufen seien die Juden in der Minderzahl; von 1 869 Betrieben seien nur 873 in jüdischer Hand. Der Anteil der Juden sei besonders hoch bei den Tischlern (656 von insgesamt 1 407 Betrieben) und Drechslern, bei denen von 174 Betrieben gar nur 17 polnisch seien.

Katastrophal sei die Lage in dem Bekleidungsgewerbe, bei dem von 4 738 Betrieben nicht weniger als 3 311 = 70 % jüdisch seien. Von den 3 726 Schneidern in Warschau z. B. seien 2 254 Juden, von 339 Kürschnern seien 267, von 593 Hut- und Mützenmachern 440 Juden.

Bei den metallbearbeitenden Gewerben sei ebenfalls ein bedeutendes jüdisches Übergewicht zu verzeichnen; von den 2 509 Betrieben seien 1 497 = 60 % in jüdischer Hand. Besonders hoch sei der jüdische Anteil bei den Juwelieren (271 von 336 Betrieben), Uhrmachern (386 von 440) und Vergoldern (36 von 38 Betrieben).

Die Juden hätten ferner den größten Anteil bei den lederverarbeitenden Handwerken (1 973 von 3 440 Betrieben) erlangt.

In der Minderheit seien die Juden nur im Lebensmittelgewerbe (mit 661 von 1 535 Betrieben), weil hier die Fleischer und Konditoren meistens nicht jüdisch seien. Jedoch schon bei den Bäckern seien die Juden wieder in der Mehrzahl.

Ein unbedeutendes Überwiegen der Polen sei bei den Friseuren und Photographen zu verzeichnen (696 von 1 388 Betrieben).

Dieser übermäßig hohe Anteil der Juden sei umso mehr zu bedauern, als noch vor einigen Jahren die Lage fast umgekehrt gewesen sei. Es sei daher unerläßlich, den Kampf um die Eroberung der polnischen Städte für die Polen erneut aufzunehmen. („Gazeta Warszawska" Nr. 312, 12. 10. 1933.)

Dahin gehen auch die Beschlüsse des Kongresses der „Christlich-Demokratischen Partei" (Korfanty), der kürzlich in Kattowitz stattgefunden hat. Hier wurde vor allem auf die wichtige staatspolitische Funktion des Mittelstandes hingewiesen, dessen wirtschaftliche Grundlage in Polen von den Juden vernichtet werde. Die Folgen für die nationale Kultur seien zur Genüge bekannt. Man brauche nur zu bedenken, daß alle sozialen und kulturellen Strömungen in den Städten entstehen, daß also in Polen eine gesunde öffentliche Meinung überhaupt nicht entstehen könne, weil seine Städte Zentren der Juden geworden seien. Nun dürfe zwar — entgegen der Ansicht der sich neuerdings in Polen, vor allem in Oberschlesien, bildenden nationalsozialistischen Gruppen — die Judenfrage kein Rassenproblem sein, da eine solche Diskriminierung der Juden den Grundsätzen des Christentums widerspräche — sondern nur ein historisches Problem. Ungeachtet dieser Entscheidung aber müsse festgestellt werden:

„Die Tendenzen der Juden, die die Herrschaft über das polnische Volk erstreben, die übermäßigen jüdischen Einflüsse im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben bilden eine ernste Gefahr für die Existenz, für die Zukunft des polnischen Volkes und Staates. Daher erachten wir es für unsere Pflicht, für unser Recht, die schädlichen jüdischen Einflüsse auf allen Gebieten des polnischen Gemeinschaftslebens zu bekämpfen . . ." („Polonia" Nr. 3252, 28. 10. 1933.)

Diese Haltung der Opposition wird aber von der heutigen Regierung aufs schärfste bekämpft, z. B. durch Gefängnisstrafen für antisemitische Aktionen oder durch Auflösung der Vereinigung „Rozwój", die seit jeher den Wirtschaftskampf gegen die Juden als Sonderaufgabe verfolgt hat („Polonia" Nr. 3251, 27. 10. 1933). Es ist daher nicht verwunderlich, daß neuerdings die Vertreter der jüdischen Minderheit, vor allem auch der zionistischen Organisationen, zum Regierungsblock übergehen. Kürzlich hat z. B. der Abgeordnete Hartglas in einer vielbeachteten Rede vor der zionistischen Exekutive Polens u. a. erklärt („Kattowitzer Zeitung" Nr. 245, 24. 10. 1933), daß trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten für die Juden in Polen

„die Regierung ihre Pflichten uns gegenüber erfüllt, indem sie uns die elementaren Menschenrechte garantiert . . . und

in ihrer Außenpolitik Sympathien für uns beweist. Ferner bekämpft die Regierung energisch alle antisemitischen Aktionen . . .

Diese Haltung der Regierung gegenüber den Juden hat die psychische Einstellung der jüdischen Bevölkerung gewandelt. Diese erblickt in der Regierung den Verteidiger gegen alle antisemitischen Handlungen.

Die polnischen Juden sind, da sie die schreckliche Lage der Juden im Deutschland Hitlers und die den Juden in anderen Ländern drohenden Gefahren vor Augen haben, der heutigen Regierung in Polen freundlich gesonnen. Wir sind uns darüber klar, daß nach der heutigen Regierung (nur?) eine für die Juden bedeutend schlechtere Regierung kommen kann . . ."

[„Polonia" Nr. 3251, 27. 10. 1933.]

Der Wirtschaftskampf gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien.

Nachdem Ende September eine neue Terrorwelle über die Deutschen Ostoberschlesiens (Zerstörung deutscher Wohnungen und Vereinshäuser, Überfälle usw.) hereingebrochen ist, hat auch der Wirtschaftskampf gegen die deutsche Minderheit in letzter Zeit eine bedeutende Verschärfung erfahren. Des öfteren hat die deutsche Presse Ostoberschlesiens Meldungen über die wirtschaftliche Benachteiligung der deutschen Minderheit, vor allem auch über die Zurücksetzung deutscher Erwerbsloser durch die polnischen Behörden („Kattowitzer Zeitung" Nr. 240, 18. 10. 1933), gebracht. Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage Ostoberschlesiens, über die wir an anderer Stelle berichten, erscheint es dann umso verständlicher, daß die deutsche Presse bemüht ist, durch wiederholte Aufforderungen wie: „Deutsche! Auf die freie Arbeitsstelle gehört ein deutscher Arbeiter! Kauft grundsätzlich beim Deutschen! Laßt beim deutschen Handwerker arbeiten!" u. ä. die Volksgenossen zu gegenseitiger Hilfe zu ermahnen. Die polnische Presse sämtlicher Richtungen hat diese Schlagzeilen begierig aufgegriffen und — verdreht, um sie als Begründung für ihre Forderung nach dem „Boykott des kämpfenden Deutschtums" („Polonia" Nr. 3251, 27. 10. 1933; „J. K. C." Nr. 298, 27. 10. 1933) zu benützen. Aus der Tatsache, daß auch Angehörige der deutschen Minderheit Staats- oder Kommunalaufträge — dabei durchaus nicht in einem Umfange, der ihrem Anteil an dem Steueraufkommen entspräche („Kattowitzer Zeitung" Nr. 247, 26. 10. 1933) — erhalten haben, wird in der polnischen Presse eine „Privilegierung der Deutschen im polnischen Wirtschaftsleben", die schleunigst beseitigt werden müsse. An erster Stelle in diesem Lügenfeldzug gegen das Deutschtum Ostoberschlesiens steht selbstverständlich wieder der extrem deutschfeindliche „Jlustrowany Kurjer Codzienny", der solche und ähnliche Behauptungen mit der geschmackvollen Überschrift „Wie wir in Oberschlesien mit dem eigenen Brot die deutsche Bestie nähren" („J. K. C." Nr. 300, 29. 10. 1933) versieht, und voller Befriedigung feststellt:

„In ganz Schlesien erklingt jetzt die Losung, deren konsequente Durchführung zum Siege führen wird; diese aber lautet: „In polnischen Werkstätten und Instituten ist kein Platz für Deutsche! Arbeit und Lieferungen im polnischen Schlesien (gibt es nur) für Polen, aber nicht für Deutsche! In unserem eigenen Lande lassen wir uns nicht boykottieren!" („J. K. C." Nr. 298, 27. 10. 1933.)

Welchen Grad die Hetze gegen das Deutschtum erreichte, beweist eine Resolution, in der u. a. gefordert wurde, „aus den hitlerischen Nestern in Schlesien eine Arbeitskolonne zur Trockenlegung der Pińsker Sümpfe zu bilden, da . . . Verrätern hier in Schlesien kein Rechtsschutz gewährt werden kann . . ." („Kattowitzer Zeitung" Nr. 242, 20. 10. 1933.)

Als Endziel wird durch diesen Wirtschaftskampf die Polonisierung auch der letzten, noch in deutscher Hand verbliebenen Industriewerke Ostoberschlesiens erstrebt. Und zwar nicht nur eine äußerliche Polonisierung, wie es z. B. die Forderung der Angestelltenverbände nach Umwandlung des „provozierenden" Namens der Bismarck-Hütte in die gut polnische Bezeichnung „Batory-Hütte" verlangt („J. K. C." Nr. 307, 5. 11. 1933; „Gazeta Polska" Nr. 308, 7. 11. 1933). Übrigens dürfte diese Forderung früher oder später erfüllt werden, da auch die frühere Forderung der Angestellten, bei der „Interessengemeinschaft" der Kattowitzer Bergwerks A. G. und Vereinigten Königs- und Laurahütte die polnische Dienstsprache einzuführen, erfüllt worden ist. („Polonia" Nr. 3211, 16. 9. 1933.)

Man fordert vielmehr die Polonisierung der Betriebe durch Beseitigung der deutschen Beamten und Angestellten, weil diese

„schon vor dem Kriege dank der Politik der deutschen Regierung und des ehrenwerten „Berg- und Hüttenmännischen Vereins" dem Polentum feindlich gesonnen waren und nach der Angliederung Oberschlesiens an Polen noch umso größere Feinde des Polentums sind. Von der Zeit aber, seit Hitler die Macht in Deutschland übernommen hat, sind sie eine große Armee von Feinden und Saboteuren. Wenn bisher die Hütten und Gruben nicht zusammengestürzt sind, so nur, weil „noch kein Befehl ergangen" ist, weil der Führer noch nicht die Losung dafür ausgegeben hat. Dafür aber stürzt das Polentum in den Seelen vieler guter Schlesier, die die Maulwurfsarbeit dieser Bande auf die Straße geworfen oder an den Bettelstab gebracht hat. Die Polizeiberichte mit ihrer dürren Sprache sind eine prägnante Chronik der Resultate dieser Tätigkeit zugunsten Preußens . . ." („Depesza" Nr. 25, 6. 11. 1933.)

Bereits vor längerer Zeit hatte diese Quelle („Depesza" Nr. 21, 2. 10. 1933) von dem geplanten Übergang der Aktienmajorität der „Interessengemeinschaft" in polnische Hände zu berichten gewußt. Nachdem sich diese sensationelle Meldung als nicht unbegründet erwies, erklärte das Organ der deutschen Minderheit zu dem Plan der „Vereinigten Stahlwerke", zunächst die Aktienmehrheit der Vereinigten Königs- und Laurahütte an polnische Interessenten abzustoßen:

„Wenn man berücksichtigt, wieviel deutsche Existenzen an den in der J. G. zusammengeschlossenen Werken hängen, wird man mit Recht die Frage aufwerfen müssen, ob es möglich ist, die sogenannten kaufmännischen Gesichtspunkte in so krasser Form in den Vordergrund zu schieben . . . Man kann verstehen, daß die deutschen Banken als Kreditgeber sich die Frage vorlegen, ob es zu verantworten ist, alljährlich neue Millionen dem deutschen Wirtschaftskörper zu entziehen und unseren Industrien in die Adern zu pumpen, ob man nicht im Reiche selbst mit diesen Kapitalien die Kampffront gegen die Arbeitslosigkeit stärken . . . könnte. Aber soll denn der Gesichtspunkt völlig außeracht gelassen werden, daß allein die Werke der J. G. immerhin noch 20 000 Arbeitern und fast 2 000 deutschen Beamten und Angestellten Lohn und Brot geben, und daß niemand wird sagen können, was aus diesen Existenzen, falls sie entwurzelt sind, werden soll? Wir können nicht annehmen, daß die Idee des deutschen Sozialismus' an den Grenzen des Reiches Halt macht . . ." („Kattowitzer Zeitung" Nr. 241, 19. 10. 1933.)

Nachdem aber diese Transaktion, also die „freiwillige Polonisierung", bisher noch nicht erfolgt ist, hat sich die polnische Regierung ihrerseits zu einem gewaltsamen Schritt gegen die deutsche Industrie entschlossen und hat anfangs November — angeblich wegen Bilanzverschleierung, Kapitalverschiebung (100 Millionen Zloty?) und Steuerhinterziehung — in die Geschäftsführung der „Interessengemeinschaft" eingegriffen und eine großzügige Revision ihrer Buchführung (deren leitender Direktor plötzlich verhaftet wurde) eingeleitet. („Gazeta Polska" Nr. 308, 7. 11. 1933.) Möglicherweise soll diese Aktion das „Signal zum Generalangriff auf diese Bastion des Deutschtums" sein.

[„Depesza" Nr. 25, 6. 11. 1933.]

Bedrohliche Steigerung der Arbeitslosigkeit in Ostoberschlesien.

Wiederholt hat die öffentliche Meinung Polens voller Besorgnis auf die gefährliche Steigerung der Arbeitslosigkeit in Ostoberschlesien hingewiesen, zumal diese bereits mehrfach zu höchst

bedenklichen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in dem schlesischen Industrierevier geführt hat. Solche Vorfälle wie die wiederholten Plünderungen von Kartoffelfeldern und Kohlenhalden durch die Arbeitslosen („Kattowitzer Zeitung" Nr. 242, 20. 10. 1933; „J. K. C." Nr. 301, 30. 10. 1933. Vergl. auch die Kattowitzer Kommunistenprozesse!) reden eine gar zu eindrucksvolle Sprache. Umso schwerer wiegt der Umstand, daß die bisherigen Versuche der Regierung zur Milderung der Arbeitslosigkeit — von ihrer Beseitigung kann überhaupt nicht die Rede sein! — als durchaus fehlgeschlagen zu bezeichnen sind. Das lehrt deutlich auch die folgende Darstellung, in der u. a. ausgeführt wird:

Während im Herbst 1929 in Ostoberschlesien kaum 4 000 Arbeitslose registriert worden seien, sei deren Zahl bis März 1931 bereits auf 65 000, bis Dezember 1932 auf 135 000 registrierte (!) Arbeitslose gestiegen und habe sich seither in jedem Monat um weitere Tausende erhöht. Um die Not dieser Arbeitslosenmengen zu lindern, seien von den Sozialfürsorgeämtern Wohlfahrtseinrichtungen (Speisungen, Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung und Brennstoffen) geschaffen worden. Notstandsarbeiten, bis Ende 1932 kaum versucht, seien erst im laufenden Jahre in stärkerem Maße — aber immer noch in sehr bescheidenem Rahmen — in Angriff genommen worden. (Im Herbst 1933 seien im Kreise Rybnik die ersten Versuche mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst — jedoch vorwiegend nur für die aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Reservisten — gemacht worden. „J. K. C." Nr. 244, 3. 9. 1933.)

Für das geplante Programm der Notstandsarbeiten (Straßen-, Eisenbahn- und Flußregulierungsarbeiten) sollen die schlesischen Kommunen von dem Sozialfürsorge-Ministerium den recht bescheidenen Betrag von 10 Millionen Zloty (davon 4,1 Millionen für unqualifizierte Arbeit!) angewiesen erhalten, wozu eventuell der schlesische Wojewodschafts-Landtag weitere Beträge anweisen wird.

Als Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit seien ferner (in einer dem Schlesischen Wojewodschafts-Landtag vorgelegten Denkschrift) Ausbau des Klein(Schreber-)gartenwesens bzw. Stadtrandsiedlungen für Erwerbslose vorgeschlagen worden.

Alle diese Maßnahmen seien aber so gut wie erfolglos geblieben. „Weder die charitativen Aktionen noch die öffentlichen Arbeiten . . . oder die Pläne . . . der Erwerbslosensiedlung haben größeren Einfluß auf eine Verringerung der Erwerbslosigkeit geübt. Die Arbeitslosigkeit in Schlesien wächst dauernd . . ."

Dabei sei noch zu bedenken, daß von den sogenannten „beschäftigten" Arbeitern ein sehr erheblicher Teil nur Kurzarbeit leiste oder in regelmäßigem Turnus zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wechsle. Aber auch diese Methoden der „Arbeitsstreckung" seien erfolglos geblieben.

Wenn auf Ostoberschlesien mehr als ein Drittel der gesamten Arbeitslosen Polens käme, fordere diese Sozialkatastrophe energisch Abhilfe, nicht allein aus sozialen und wirtschaftlichen, sondern vor allem aus politischen Gründen.

„Eine weitere Steigerung der Arbeitslosenziffer in dem Gebiet, das unmittelbar an der Grenze mit Deutschland liegt, kann in Zukunft Folgen zeitigen, die höchst ungünstig für unsere gesamte Staatspolitik sind . . ., (nämlich durch) Vorbereitung des geeigneten Bodens sowohl für jegliche Umsturzpropaganda als auch für die deutsche Agitation. Aber nicht nur die politischen Erwägungen und die Rücksichten auf die öffentliche Sicherheit zwingen uns, die Frage der Arbeitslosigkeit in Schlesien mit größter Sorge zu behandeln. Dieses am stärksten industrialisierte, am dichtesten besiedelte Teilgebiet Polens, muß in dem Programm unseres Kampfes gegen die Wirtschaftskrise eine erstklassige Rolle spielen."

Vor allem gelte es doch, die industriellen Betriebe Ostoberschlesiens um jeden Preis zu erhalten, denn, bestünden sie nicht, müßten sie neu geschaffen werden. Die Fundstätte der Kohle sei der natürliche Standort der Schwerindustrie.

„In der politischen Lage, in der sich Polen befindet, kann nur ein hoch industrialisierter Staat leben und sich entwickeln. Das gilt sowohl für die Verteidigung des Staates gegen eine Invasion der Nachbarn als auch für die wirtschaftliche Autarkie. Früher oder später muß Polen seine Nachbarn hinsichtlich der zivilisatorischen Entwicklung einholen . . ."

Polen müsse z. B. sein Verkehrsnetz verbessern und die wirtschaftlich rückständigen Gebiete, besonders im Osten des Staates, heben; d. h. die schlesische Kohle dürfe nicht allein ein (zwar für die polnische Handelsbilanz sehr erwünschter) Exportartikel sein, sondern müsse vor allem ein Hauptgegenstand des Binnenmarktes werden.

„Polens öffentliche Meinung, die trotz allem so oft nur für ihre lokalen Sorgen lebt, von weiser synthetischer Behandlung der grundlegenden nationalen . . ., sozialen und staatlichen Probleme leider weit entfernt ist und es fertig bringt, die Schwerindustrie Oberschlesiens als notwendiges Übel, das die Arbeitslosigkeit hervorbringt, anzusehen; diese öffentliche Meinung, die vor relativ so kurzer Zeit die Front zum Meere wandte, muß bald und schnell die Front Schlesien zuwenden."

Wenngleich Polen auch als Muster für seinen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit weder den russischen Fünfjahresplan noch das deutsche Vierjahresprogramm kopieren könnte, müsse doch unbedingt zugegeben werden:

„Sofern es sich um Oberschlesien handelt, genügt der liberal-kapitalistische Grundsatz . . . nicht mehr. Dort, wo die „Überproduktion" zusammenbricht und „Überarbeitslosigkeit" schafft, auf einem sozial, national und politisch so exponierten Abschnitt wie Oberschlesien, muß man ganz andere Mittel suchen, um der Lage Herr zu werden."

Da die bisherigen Mittel: Wohlfahrtsfürsorge, Notstandsarbeiten, Siedlungsversuche usw. versagt hätten, müsse man jetzt (also zwölf Jahre nach der Losreißung des Industriegebietes aus dem deutschen Wirtschaftsverbande!) Ostoberschlesien wirklich in die polnische Volkswirtschaft einbauen, um seiner Industrie den Absatz ihrer Produkte zu sichern.

„Angesichts des Niederganges des internationalen Marktes . . . ist die Industrieproduktion Schlesiens in erster Linie auf den Binnenmarkt umzustellen. Wir müssen uns zu irgendeinem Plan in dieser Richtung aufraffen . . ."

Die öffentliche Meinung Polens müsse früher oder später einsehen, daß „die Angliederung dieses uralten Piastenlandes an die Republik (Polen) nicht nur eine Frage unseres Nationalgefühls und der Staatsraison, sondern auch das wichtigste wirtschaftliche und politische Problem Polens ist. Als Gegenwert dessen, was Schlesien von uns erhalten hat — Schule, Bildung, Kultur und polnischen Geist — müssen wir von Schlesien ein Maximum seiner Produktion abnehmen und die Kultur, den Zivilisationsgrad der materiell rückständigen Ostgebiete Polens heben. Die Steigerung des Beschäftigungsstandes in Schlesien, der Kampf mit der Arbeitslosigkeit in Schlesien — muß darauf abzielen, das Gleichgewicht zwischen der Industrieproduktion Schlesiens und . . . der Organisation planmäßigen Verbrauchs dieser Produktion in den übrigen Gebieten Polens zu bewahren."

[Dr. W. Orlowski, Kattowitz; in: „Codzienna Gazeta Handlowa" Nr. 254, 6. 11. 1933.]

Neue Forderungen zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit des Gdingener Hafens gegenüber Danzig.

Nachdem bereits vor einiger Zeit Gdingener Handelskreise weitere Förderung des Gdingener Hafens, z. B. durch Vermehrung der Zahl der dort tätigen Beamten, durch Erweiterung der Kompetenzen der Gdingener Hafenverwaltung usw. (vornehmlich zur Abwehr der Konkurrenz der deutschen Häfen! „Codzienna Gazeta Handlowa" Nr. 241, 20. 10. 1933) gefordert hatten, hat anfangs November — diesmal, um die Auswirkungen der in Ausführung der September-Abkommen erfolgten Gebührensenkung im Danziger Hafen zu überkompensieren! — der „Ausschuß

der Gdingener Hafeninteressenten" („Rada Interesentów Portu Gdyńskiego") dem Leiter des Seedepartements im polnischen Handelsministerium auf dessen Ersuchen Vorschläge und Forderungen zur weiteren Hebung der Konkurrenzfähigkeit des Gdingener Hafens vorgelegt. Aus dem Inhalt dieser Denkschrift teilt die offiziöse „Gazeta Polska" jetzt folgendes mit:

Bisher sei in dem Konkurrenzkampf Gdingens kontra Danzig der Haupttrumpf Gdingens die geringe Höhe seiner Umschlagskosten gewesen, der gegenüber alle sonstigen Vorzüge des Danziger Hafens bedeutungslos geworden seien. Nachdem aber jetzt die Danziger Hafengebühren „künstlich" dem Gdingener Niveau angepaßt worden seien, überdies Danzig durch die vertraglich gesicherten Mindestumschlagskontingente zweifellos privilegiert worden sei, müsse sich in Zukunft die Tatsache, daß Danzig gegenüber dem jungen, in mancherlei Hinsicht unfertigen Hafen Gdingen über hohe Tradition und Erfahrung verfüge, in erhöhter Schärfe geltend machen. Es sei unerläßlich, diese Mängel Gdingens schleunigst zu beheben: das aber erfordere weitere Staatshilfe. Wenn der Gdingener Hafenbetrieb bereits Überschüsse erziele, seien diese nicht an den Staatsschatz abzuführen, sondern ganz oder teilweise zur weiteren Vervollkommnung des Gdingener Hafens zu verwenden, um Danzigs Vorsprung einzuholen. Danzigs Überlegenheit zeige z. B. folgender Vergleich:

	Danzig	Gdingen
Zahl der Hafenbetriebsbeamten	52	21
„ „ Lotsen	53	10
„ „ Zollbeamten im Hafen	600	164
Verfügbare Propagandamittel	53 000 Zł.	14 000 Zł.

Die Zahl der Zollbeamten sei z. B. in Gdingen gegenüber 1932 gerade um 13 % erhöht worden, obwohl bereits in den ersten acht Monaten des Jahres 1933 8 003 Zolldeklarationen gegenüber 5 400 im ganzen Jahre 1932 abgegeben worden seien.

Besondere Aufmerksamkeit fordere nach der Denkschrift die Frage der Warenkredite in Gdingen. Während diese Kredite in Danzig von den Privatbanken schnell und leicht zu erlangen seien, sei das Verfahren in Gdingen bei der hier allein in Frage kommenden „Landeswirtschaftsbank" sehr umständlich und dazu kostspieliger. Der gleiche Mangel sei bei den Zollkrediten zu verzeichnen, bei denen Gdingen zwar Danzig theoretisch gleichgestellt sei, wegen des umständlichen Verfahrens aber kaum eine Gdingener Firma solche Kredite in Anspruch genommen.

Diese und ähnliche Fragen müßten jetzt von den entscheidenden Stellen sehr aufmerksam verfolgt werden, „um nicht bei der sehr intensiven Konkurrenz der deutschen Häfen und den angeglichenen Arbeitsbedingungen gegenüber Danzig zurückzubleiben." („Gazeta Polska" Nr. 303, 2. 11. 1933.)

Es sei nur bemerkt, daß nach den Lehren der vergangenen Jahre die baldige Erfüllung dieser Postulate kaum zweifelhaft erscheint, damit aber die praktische Bedeutung des Warschauer Abkommens für den Danziger Hafen in mancher Hinsicht aufgehoben werden dürfte.

Polens Kampf gegen die deutschen und die Adriahäfen.

Über diese Frage führt ein Aufsatz in der Zeitschrift des „Zentralverbandes der polnischen Industrie" ungefähr aus:

Seit drei Monaten kämpfe Polen für seine Häfen auf zwei Fronten: 1. gegen die deutschen Häfen (Stettin, Hamburg!), 2. gegen die, besonders von den österreichischen Bahnen unterstützten, Adriahäfen Italiens. Das Kampfobjekt seien, wie seinerzeit bei dem Kampf zwischen Hamburg und Triest, die Gebiete Mitteleuropas, besonders die Tschechoslowakei.

Deutschlands Kampfmaßnahmen vom 20. 7. 1933 gegen den Transit durch Polen glichen (auf Grund des deutsch-tschechischen Hafentarifs, des Ausnahmetarifs SD 6) bei Festlegung bestimmter Mindestsätze pro to-km die Tarife nur für Stettin voll an, für Hamburg seien — wegen seiner günstigeren Seefrachten — die Tarife um 0,25 Mark pro dz höher. Ein ähnlicher Ausgleich sei — jedoch nur bestimmte Waren — im Eisenbahnflußverkehr auf der Oder (Umladung in Kosel, Oppeln, Breslau) geschaffen worden.

Auf Anregung der Bahnen Österreichs und Italiens seien nach einem Monat entsprechende Maßnahmen seitens der Interessenten des Tarifverbandes Tschechoslowakei—Adria (Österreich, Ungarn, Italien, Südslavien) für Transporte von der Tschechoslowakei nach Triest, Fiume, Pola und Rovigno erfolgt, in erster Linie zwar gegen den Transit durch Polen gerichtet, danach aber auch gegen die deutschen Maßnahmen, die das Münchener Abkommen von 1928 (Teilung der Interessensphären Hamburgs und Triests) verletzt hätten. Für Italien hätten auch politische Erwägungen eine Rolle gespielt.

Charakteristisch für die Maßnahmen der deutschen sowohl wie der Adriahäfen sei, daß überall ausdrücklich die Möglichkeit individueller Frachtnachlässe gewahrt bleibe, den offiziellen Mindestsätzen käme nur die Rolle des Deckmantels zu.

„Die bisherige Praxis bietet genügenden Grund zu der Annahme, daß nötigenfalls diese Sätze . . . sogar unter die Transportselbstkosten heruntergehen werden können."

Diese Maßnahmen seien für Polen keine Überraschung gewesen, da sie nur den de facto bestehenden Sachverhalt bestätigt hätten, besonders bei den österreichischen Bahnen, die im eigenen Interesse heimlich Triest unterstützt hätten. Es sei übrigens irrig anzunehmen, daß die Tarife das Alpha und Omega der Hafenkonkurrenz seien. Sie seien nur einer der beiden relativ starren Transportkostenfaktoren (von dem dritten, wesentlich elastischeren Faktor der Seefrachten sei abgesehen!). Die Tagespresse habe die Konkurrenzfrage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Tarife behandelt und sei daher zu unzulänglichen Ergebnissen gelangt, denn immer sei der nicht minder wichtige Kostenfaktor der Umschlagskosten übersehen worden.

„Und hier ist von vornherein festzustellen, daß die Differenzen zwischen den deutschen und polnischen Häfen — zu Ungunsten der polnischen Häfen — sehr bedeutend sind. Die Umschlagskosten sind in den deutschen Häfen, vor allem in Hamburg, vielfach niedriger als in Gdingen und Danzig. Infolgedessen sind die Fälle nicht selten, in denen sich die Lenkung des Transports, und zwar eines Transports aus Polen, nach Hamburg billiger als nach den polnischen Häfen kalkuliert. Hamburgs Transportwirkung wurde keineswegs aus Polen zugunsten Gdingens und Danzigs beseitigt. Fast alle Transporte wertvollen Stückgutes aus Polens südwestlichen Industriegebieten entfliehen nach Hamburg, direkt auf Grund des deutschen Ausnahmetarifs SD 5 oder, was gar noch öfter vorkommt, über Oderberg, zuerst auf Grund des polnisch-tschechischen, dann des analogen deutsch-tschechischen Verbandtarifs. Der wichtigste . . . Grund aber ist die Differenz der Umschlagskosten. Während die mit Hamburg arbeitenden Spediteure beim Stückgutumschlag den Einheitssatz von 0,55 Mark pro dz, bei kleinen Ladungen unter 3 dz 1,10 Mark berechnen, schwanken die Sätze der Gdingener Spediteure bei Mengen über 3 dz von 2,50—6,60 Złoty und steigen bei Mengen unter 3 dz bis auf 7,50 Złoty. Diese ungeheuren, oft mehrere hundert Prozent betragenden Differenzen, werden gewöhnlich damit erklärt, daß die Hapag den Spediteuren entsprechend hohe Provisionen oder Entschädigungen zahle. Das ist sicher richtig, erklärt aber . . . die Lage nur zum Teil . . .

Ähnlich stellt sich die Frage der Umschlagskosten beim Massengüterumschlag dar. Hier gibt es keinen Umschlagssatz, der für Hamburg zu gering wäre, falls bedeutendere Transporte in Frage kommen. Uns ist ein Fall bekannt, wo Hamburg den unerhört niedrigen Satz von 0,10 Mark pro to, bei 14 Tagen freier Lagerung, anbot. Es handelte sich um einen Transport von 40 000 to aus Polen, und eben durch diesen Satz wurde, natürlich mit Hilfe des deutschen Ausnahmetarifs SD 5, dieser Transport nach Hamburg gezogen."

Hingewiesen wird noch auf den mittelbaren Einfluß, den das Konkurrenzverhältnis der deutschen Häfen zu den holländischen Häfen bzw. zu Triest auf den Kampf gegen die polnischen Häfen ausübe. Besonders wichtig sei hier die Rolle Triests, da u. a. schon von italienischer Seite darauf hingewiesen worden sei, daß die Grenzlinie des Triester Hafenbereichs in der Tschecho-

slowakei weiter nördlich verlaufen müsse. Eine Erfüllung dieser italienischen Wünsche würde nicht nur die Interessen der deutschen, sondern auch der polnischen Häfen beeinträchtigen.

Zu beachten sei auch, daß weniger die Maßnahmen der drei Streitgruppen ausschlaggebend seien, sondern vor allem die Interessen der Eisenbahnen Österreichs und der Tschechoslowakei. Während die Interessen der Tschechoslowakei recht kompliziert gelagert seien, seien Österreichs Bahnen nur an Triest interessiert. Das sei umso bedeutsamer, als heute politische Rücksichten auf Deutschland entfielen, habe doch der „Österreichische Volkswirt" kürzlich unzweideutig erklärt: „Österreich hat die Unterstützung der Häfen als seine Pflicht angesehen . . ., häufig haben politische Rücksichten zugunsten des Reiches entschieden, wo die Wirtschaftsinteressen nach Triest hinwiesen. Die völlige Wandlung der deutschen Politik zwingt Österreich jetzt, sich an diesen Hafen zu erinnern, der trotz der italienischen Herkunft seiner Bevölkerung ein halbes Jahrtausend loyal österreichisch war."

Die Aussichten des Konkurrenzkampfes werden schließlich wie folgt beurteilt:

„Er währt noch zu kurze Zeit, als daß man . . . irgendwelche Folgerungen für die Zukunft ziehen könnte. Ebenso darf man sich nicht einbilden, daß er in relativ kurzer Zeit beendet sein könnte. Lange Zeit wird vergehen, bis es gelingen wird, das gestörte Transportgleichgewicht wieder herzustellen und zu irgendeinem Vertrage zu kommen, dessen grundlegende Sätze bei der heutigen Lage nicht vorausgesehen werden können. Jedenfalls ist aber die Position der polnischen Bahnen und Häfen im gegenwärtigen Moment recht stark. Die polnischen Bahnen hatten den sehr glücklichen, bisher fast nie angewandten Einfall, direkt an die größeren Kunden heranzutreten . . . Einen gewissen Einfluß zugunsten der polnischen Häfen und Bahnen übt auch die Boykottaktion gegen Deutschland aus. In einem Wort, die Lage ist für uns nicht übel. Die Transportkosten sind billiger, es bliebe nur die Frage der Umschlagskosten zu regeln . . . Die Endergebnisse des gegenwärtigen Kampfes sind nicht vorauszusehen. Eins nur scheint keinem Zweifel zu unterliegen: . . . daß er tiefgehende Spuren hinterlassen wird und bedeutende Wandlungen in den bisherigen Richtungen der mit Mittel- und Südosteuropa verbundenen Transportwege hervorrufen kann."

[A. M. Matoga-Ferus; in: „Przegląd Gospodarczy" Nr. 21 (1. 11. 1933), S. 770—772.]

Die „schädliche" Tätigkeit der deutschen Banken im Korridorgebiet.

Unter der Überschrift „Retten wir die polnischen Banken des nördlichen Pommerellens!" wendet sich die „Codzienna Gazeta Handlowa" gegen die (angeblich aus Mitteln der deutschen „Osthilfe" finanzierte!) Tätigkeit der deutschen Banken im Korridorgebiet, wobei u. a. die Behauptung aufgestellt wird, daß die wichtigste Aufgabe dieser Institute der deutschen Minderheit darin bestände, die polnischen Sparkassen und Genossenschaften zu schwächen oder gar zu vernichten. Dieser Kampf werde von ihnen so scharf und erfolgreich geführt, daß heute eine ganze Reihe von Kommunalsparkassen in Pommerellen in ihrer Existenz bedroht sei (welche betrübliche Tatsache aber nicht durch die deutsche Konkurrenz, sondern höchst einfach durch die anhaltende Agrarkrise, deren katastrophale Folgen hier wiederholt erwähnt worden sind, zu erklären ist!). Rasche Staatshilfe sei daher unerläßlich.

„Der wirtschaftliche Druck der Deutschen wirkt parallel zu dem politischen Druck und soll den Deutschen die erneute Besitzergreifung Pommerellens ermöglichen. Gegenwärtig ist der deutsche Angriff bestrebt, unsere Institute zu zerschlagen, sie zu vernichten und in den Augen der öffentlichen Meinung zu diskreditieren, bzw. die Polen wirtschaftlich von sich abhängig zu machen. Die Erschütterung eines polnischen Bankinstitutes birgt eine doppelte Gefahr in sich: sie diskreditiert das Institut und schreckt den (polnischen!) Bürger davon ab, sich als Genossenschaftsmitglied oder durch moralische Unterstützung der Kommunalsparkasse zu engagieren. In weiterer Folge untergräbt sie das Vertrauen zu der polnischen Wirtschaftsarbeit, verringert den moralischen Kredit Polens bei der Bevölkerung . . . (und bewirkt) eine Schwächung des polnischen Elements in diesem Gebiet."

Das sei ganz unzulässig: die Staatsraison fordere rasche und ausgiebige Hilfe für die polnischen Spar- und Kreditinstitute im Korridor. Zwar überschreite diese Aufgabe die finanziellen Möglichkeiten der örtlichen Filialen der staatlichen Banken und erfordere die Intervention des Finanzministeriums — eventuell in Verbindung mit der für die Entschuldung der Landwirtschaft ins Leben gerufenen Akzeptbank — doch sei die aus nationalpolitischen Gründen unerläßliche Sanierung — durch Ablösung der landwirtschaftlichen Kredite bei den Kommunalsparkassen und Kreditgenossenschaften der sechs nördlichen Kreise der Wojewodschaft Pommerellen (rund 7 Millionen Zloty) — ohne weiteres möglich, falls die Bank Polski die Rediskont-Kontingente dieser Institute entsprechend erhöhen würde.

[„Codzienna Gazeta Handlowa" Nr. 254, 6. 11. 1933.]

Katastrophale Wertverminderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche Polens.

Wie in früheren Berichten (Nr. 3, S. 14*; Nr. 4, S. 15*) gezeigt worden ist, ist die Rentabilität der polnischen Landwirtschaft in den letzten Jahren durch die anhaltende Wirtschaftskrise so gut wie gänzlich vernichtet worden. Diese Tatsache, die u. a. zu massenhaften Zwangsversteigerungen geführt hat, konnte selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Bodenpreise bleiben. Über deren geradezu katastrophale Entwicklung führte kürzlich eine unabhängige Quelle ungefähr folgendes aus:

Die polnische Landwirtschaft verfügt gemäß der letzten Volkszählung von 1931 über 25 589 000 ha Boden = 67,5 % der Gesamtfläche Polens. Der Wert dieses Bodens vermindere sich von Tag zu Tag — unter der Wirkung eines geheimnisvollen Gesetzes, des „Gesetzes der Krise", das jegliche Wertberechnung umstoße.

„Unlängst — nämlich 1928 — zahlte man bei Gütern von über 10 Ackerhufen für den Morgen Land in der Wojewodschaft Warschau 1 200—1 800 Złoty, in der Wojewodschaft Lublin 1 300—2 000 Złoty, in der Wojewodschaft Łódź rund 1 200 Złoty, in der Wojewodschaft Białystok rund 1 000 Złoty, in den Wojewodschaften Wilna und Polesie 500 Złoty, in der Wojewodschaft Posen 700 Złoty, in Pommerellen 600 Złoty, und in den vier Wojewodschaften Kleinpolens (= Galiziens) bis zu 3 000 Złoty.

Im Laufe von fünf Jahren sind, nachdem das „Gesetz der Krise" seine Wirkung begann, von diesen Preisen nur noch Schatten übrig geblieben. In den letzten Tagen wurden Transaktionen getätigt: in der Wojewodschaft Warschau gar zu 400 Złoty (für den Morgen), in den Wojewodschaften Lublin und Łódź zu 500 Złoty, in der Wojewodschaft Białystok zu 200 Złoty, in Polesie zu 80 Złoty, im Wilnagebiet zu 120 Złoty, im Posenschen zu 300 Złoty, in Pommerellen zu 250 Złoty und in Kleinpolen zu 1 000 Złoty.

Vergleichen wir diese beiden Zahlenreihen, so sehen wir auf den ersten Blick, daß im Jahre 1928 die Schätzung des Bodens in Hunderten und Tausenden Złoty für den Morgen erfolgte, während heute einige zehn Złoty bereits ansehnliche Positionen darstellen. Eine weitere Analyse offenbart die Tragödie der Wojewodschaft Polesie, in der bebautes Land den Wert unberührter Kolonisationsgebiete in den Urwäldern Brasiliens darstellt. Ziemlich das gleiche Schicksal ist dem Wilnagebiet zuteil geworden. Boden von hoher landwirtschaftlicher Kultur kann man im Posenschen und in Pommerellen wörtlich „halb umsonst" erstehen. Einzig in Kleinpolen (Galizien), wo der Landhunger am größten war und ist, erreicht der Boden-

preis, trotz der bedeutenden Devalvation, noch das Höchstniveau von 1 000 Złoty. Während vor fünf Jahren der Morgen für den ganzen Staat einen Durchschnittswert von 1 100 Złoty darstellte, bewegt sich dieser Durchschnittswert gegenwärtig um 370 Złoty, beträgt also ein Drittel des Wertes von 1928.

Das „Gesetz der Krise" hat nicht nur größere Werte angegriffen, sondern macht sich auch Wirtschaften, die einige zehn Morgen umfassen, fühlbar und vermindert deren Wert um mehr als 50 %, obwohl es an Käufern für derartige Wirtschaften nicht mangelt. Die katastrophale Wertverminderung des Bodens ist von nachteiliger Wirkung auf den Wert des Nationalvermögens. Wenn 1928 unser Nationalvermögen auf den Betrag von 138 843 Millionen Złoty festgelegt wurde — wobei die landwirtschaftliche Nutzfläche den bedeutenden Posten von 51 178 Millionen Złoty darstellte — so erwächst bei dem Absinken des Durchschnittspreises von 2 000 auf 660 Złoty pro ha dem Nationalvermögen allein bei dieser einen Position ein Verlust von nicht weniger als 33 740 Millionen Złoty . . .

Und die Aussichten auch nur für die allernächste Zukunft? Keine. Solange das „Gesetz der Krise" unumschränkt herrscht, kann man nichts voraussehen, nichts berechnen. Im Zusammenhang mit dem natürlichen Bevölkerungszuwachs, der weiteren Beschränkung der Auswanderung und dem Sterben der Industrie wächst der Landhunger von Tag zu Tag und steigert die Bodennachfrage. Diese Nachfrage aber besteht bei uns seit jeher, seit Jahrzehnten; und sie konnte sogar damals nicht befriedigt werden, als günstige Bedingungen vorlagen: als der Landwirt im Lande und bei der Auswanderung verdiente, als weder Käufer noch Verkäufer durch das Netz vielfältiger, verwickelter Vorschriften behindert wurden, als die politische Konjunktur Bodenflächen in die Hände von Landlosen, Kleinbauern und Amtspersonen zu drängen schien. Heute gehören trotz der gesteigerten Nachfrage nach Land Transaktionen zu den Seltenheiten. Selbst wenn der Preis eine weitere Senkung erfahren sollte, ist massenhafter Bodenumsatz unmöglich, weil ihn niemand — weder ein Einzelner, noch auch der Staat — zu finanzieren vermag."

[„Depesza"-Warschau Nr. 25, 6. 11. 1933.]

Niedergang der landwirtschaftlichen Rentabilität Polens unter das Existenzminimum.

Zu unserem Bericht in Nr. 4, S. 15*, sei (nach einer Stimme der Opposition!) nachgetragen: Das Staatliche Landwirtschaftsforschungsinstitut in Pulawy hat für die bäuerlichen Betriebe Polens (2—50 ha) folgende Durchschnittserträge ermittelt:

	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31
Ertrag insgesamt	3 353	4 037	3 321	2 560	1 391 Zl.
Ertrag pro ha	248	296	245	188	108 Zl.

In dem Wirtschaftsjahr 1930/31 seien folgende Durchschnittserträge zu verzeichnen:

	bei 2-3 ha	3-5 ha	5-10 ha	10-15 ha	15-30 ha	30-50 ha
Ertrag insgesamt	860	1 035	1 386	1 684	1 282	1 749 Zl.
Ertrag pro ha	355	260	188	138	62	47 Zl.

Je größer also der Betrieb, umso geringer der Hektarertrag! Überaus traurig sei dementsprechend der Tagesverdienst pro Familienmitglied, nämlich: 1926/27 knapp 6 Zloty, 1927/28 — 7,31 Zloty, 1928/29 — 6 Zloty, 1929/30 — 4,30 Zloty, 1930/31 — 2,33 Zloty.

Das steuerpflichtige Einkommen der Landwirtschaft sei im gleichen Verhältnis gesunken. Nach Abzug der gesetzlich zulässigen Werbungskosten bleibe das steuerpflichtige Einkommen gewöhnlich unter dem steuerfreien Existenzminimum von 1 500 Zloty. Hier sei folgende Entwicklung festzustellen:

Steuerpflichtiges Reineinkommen	bei Betrieben von 2-3 ha	3-5 ha	5-10 ha	10-15 ha	15-30 ha	30-50 ha
1927/28	770	1 060	1 756	2 847	4 203	7 302 Zl.
1930/31	472	341	671	925	516	946 Zl.

Nachdem also schon in den Jahren guter Konjunktur erst bei Betrieben von über 5 ha steuerpflichtiges Einkommen erreicht worden sei, sei bereits 1930/31 bei sämtlichen Betriebsgrößen bis zu 50 ha das steuerpflichtige Mindesteinkommen von 1 500 Zloty überhaupt nicht mehr erzielt worden. Seither aber habe sich die Lage der Landwirtschaft bekanntlich nur noch weiter verschlimmert.

Das Forschungsinstitut habe das Ergebnis seiner eingehenden Untersuchungen dahin zusammengefaßt, daß

„der Reinertrag der bäuerlichen Wirtschaften 1931 auf 27 Złoty pro ha gesunken ist, daß das in diesen Wirtschaften tätige Kapital nur noch mit 0,67 % verzinst wird und der ganze Besitz einen Ertrag von knapp 0,19 % liefert. Der Tagesverdienst des Landwirtes für die Arbeit auf dem eigenen Boden ist eine negative Ziffer geworden und beträgt — minus 1,39 Złoty . . ."

[„Polonia" Nr. 3267, 12. 11. 1933.]

Gefahr für die polnische Handelsbilanz.

Aus den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Hauptamts in Warschau für die polnische Ein- und Ausfuhr in den ersten acht Monaten des Jahres 1933 ergibt sich eine weitere Verschlechterung der polnischen Handelsbilanz. Zwar ist die Einfuhr weiter abgedrosselt worden, noch stärker aber ist im gleichen Zeitraum die Ausfuhr abgesunken. Es betrugen nämlich

	Jan./Aug. 1933	Jan./Aug. 1932	
Einfuhr	522 Mill. Zl.	570 Mill. Zl.	— 48 Mill. Zl.
Ausfuhr	590 Mill. Zl.	706 Mill. Zl.	— 116 Mill. Zl.
Aktivsaldo	+ 68 Mill. Zl.	+ 136 Mill. Zl.	— 68 Mill. Zl.

Sollte sich in den restlichen vier Monaten des laufenden Jahres die polnische Handelsbilanz in der gleichen Richtung weiter entwickeln, so würde sich also für das ganze Jahr 1933 ein Ausfuhrüberschuß von knapp 100 Millionen Zloty (= ca. die Hälfte des vorjährigen Ausfuhrüberschusses) ergeben.

[Polonia Nr. 3214 vom 19. 9. 1933.]

Die Ausbaupläne für das polnische Fluglinienneṭz.

Zu den Plänen einer polnischen Fluglinie nach Skandinavien (vergl. Nr. 3, S. 13*) teilt die polnische Presse mit, daß Vertreter schwedischer Luftverkehrsgesellschaften bereits in Warschau über eine Verlängerung der bestehenden Fluglinie Warschau—Danzig nach Malmö verhandeln. Hierbei soll eventuell auch die Frage einer Verlegung des Flughafens von Danzig nach Gdingen berührt werden, „da das den polnischen Passagieren ermöglichen würde, diese Fluglinie ohne die Paß- und sonstigen Schwierigkeiten zu benutzen, die sie auf Danziger Gebiet antreffen." (!)

Der Ausbau des polnischen Fluglinienneṭzes wird eine weitere Förderung erfahren, falls die demnächst aufzunehmenden deutsch-polnischen Verhandlungen über die Errichtung einer direkten Fluglinie Berlin—Warschau erfolgreich sein sollten.

Ein weiterer Ausbau des Netzes soll gesichert werden durch die Verhandlungen über ein polnisch-russisches Luftverkehrsabkommen und die Errichtung einer Fluglinie Warschau—(Minsk—)Moskau, die der Leiter des Zivilflugwesens im polnischen Verkehrsministerium, Oberst Filipowicz, in diesen Tagen in Moskau begonnen hat. Durch diese neuen Linien soll dann Warschau der Knotenpunkt der Flugverbindungen West- und Mitteleuropas mit Rußland und Asien werden.

[„J. K. C." Nr. 310, 8. 11. 1933.]

Herausgeber: Prof. Dr. Recke, Danzig. Schriftleiter: Diplomvolkswirt Rudolf Neumann, Danzig.

Druck von W. F. Burau, Danzig.